

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellfrist: Die neuzeitlichste Kasparschelle über dem
Kamm 35 Pf., für Familienkreise 30 Pf., für die Postzeitung
aus dem Reichsbereich 1,50 RM. Anzeigen-Entscheidungen
werden nur in der Redaktion Dresden-Süd, Waldschlossstraße 1

Abbestellfrist: Die neuzeitlichste Kasparschelle über dem
Kamm 35 Pf., für Familienkreise 30 Pf., für die Postzeitung
aus dem Reichsbereich 1,50 RM. Anzeigen-Entscheidungen
werden nur in der Redaktion Dresden-Süd, Waldschlossstraße 1

Verlag: Dresdener Verlagsanstalt mbH, Dresden-Süd, Waldschlossstraße 1
Postfach 17250, Postfachamt: Dresden 10 000
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr, Mittwochs 12-14 Uhr
Freitags und arbeitsfrei. Sonntags 10-12 Uhr für die Postzeitung.

7. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 4. Juni 1931

Nummer 104

Mobilisierung!

Roter Generalappell in ganz Sachsen!

Sofort nach Bekanntwerden des neuesten ungeheuerlichen Brüningsplanes der vollständigen Zerstörung der Arbeitslosenversicherung und der Lohnraubaktion in der Metallindustrie trat die Organisationsleitung der sächsischen Bezirksleitung der KPD zur Beratung und Stellungnahme zusammen. Einmütig war die Meinung aller anwesenden Funktionäre einschließlich der überparteilichen revolutionären Massenorganisationen, daß der brutalen Kapitaloffensive die rote Sozialoffensive der Einheitsfront aller Arbeiter und Werktätigen entgegengeführt werden muß. Deshalb wurde beschlossen, in sämtlichen Orten Generalappell der Mitgliedschaft sämtlicher revolutionären Organisationen sofort anzusetzen und durchzuführen. Für Groß-Dresden sind heute in allen Stadtteilen erweiterte Leitungssitzungen statt. Morgen nachmittag 18 Uhr treten die Mitgliedschaften sämtlicher Organisationen gemeinsam in ihren Lokalen zum Generalappell zusammen. In sämtlichen Versammlungen werden Vertreter der Bezirksleitung sprechen. In den anderen Orten des UB Dresden und des gesamten Bezirks müssen ebenfalls die nächsten Tage mit Generalappell ausgefüllt sein. Dieser Appell wird zu einem Massenaufmarsch, zu einer Generalmobilisierung aller revolutionären Kräfte werden. Die gesamte werktätige Bevölkerung erkennt in dieser Situation die Führerrolle der Kommunistischen Partei im Kampf gegen Kapitaldiktatur.

Kommunisten, revolutionäre Gewerkschafter, revolutionäre Jungarbeiter, rote Helfer, Massenbewegte Arbeiterpartei, revolutionäre Freidenker, Freunde der KPD, kampfbereite Antifaschisten, heraus zur roten Mobilisierung! Antreten zum Generalappell!

Sturm in Stadt und Land!

Morgen Verhängung der Diktaturverordnung

Vorausichtlich am Freitag, wie manche Blätter wissen wollen, vielleicht erst am Sonnabend wird die neue Diktaturverordnung Brüning-Hindenburgs verhängt und in Kraft gesetzt. Sie wird einen dicken Band des Reichsgeheißes füllen. Und das alles ohne Reichstag, dessen Einberufung von den Kommunisten gefordert wurde. Selbst das kaiserliche Deutschland der Vorkriegszeit wird durch diese diktatorische Gesetzesmacherei weit in den Schatten gestellt.

Einer Lawine gleich, in ihren Auswirkungen vernichtend und verheerend für die breiten Volksmassen, wird diese Verordnung ein so grauenhaftes Elend zur Folge haben, wie man es sonst nur in räudigen Kolonialländern antrifft. Wir überleben nicht. Woher sollen die arbeitslosen Saisonarbeiter leben, die Frauen und die Jugendlichen, die arbeitslose Landbevölkerung, die Kriegesgeschädigten, die man alle zusammen entweder ganz ohne Unterstützung lassen oder mit einer noch härteren gekürzten Rente dem langsamen aber sicheren Verhungern ausliefern will. Schon ist die Selbstmordrate in Berlin, die noch vor anderthalb Jahren mit täglich 26 registriert wurde, auf 40 gestiegen. Bald werden es 50 und wenige Wochen nach dieser Diktaturverordnung des christlichen Kanzlers 100 sein. Das ist die kapitalistische „Zivilisation“, das sind die Folgen der Politik jener Leute, die das Sozialsystem der „sozialistischen Barbarei“ bezichtigen.

Neue Steuern und Steuererhöhungen bei gleichzeitigem Lohn- und Rentenraub, bei einer steigenden Kurve der Konsums im wertvollen Mittelstand, in der weiteren Folge neuen Auftrieb für die Preissteigerungen, wodurch wiederum ein Teil des Einkommens indirekt oder drückend fühlbar gekürzt wird. Selbst die Kinder des wertvollen Volkes werden nicht verschont. Die Erziehung der Zukunftskinder ist ein direkter Angriff auf die Gesundheit der Proletarierkinder, die heute schon hochwichtig und unterernährt in den düsteren Elendsquartieren der in steigendem Maße ermittelten Arbeitslosen kein menschliches Dasein mehr führen. Doch was kümmert unsre „goßmüßige Ordnung“, die zu verteidigen das Zentrum nicht müde wird, die hungernden Kinder? Der Panzerkreuzer A geht seiner Vollendung entgegen. Die ersten Planken für den Panzerkreuzer B werden auf Stapel gelegt. Und die Kriegesgeschädigten? Sind sie nicht vollkommen überflüssig für unsere „nolleidende Wirtschaft“? Raubt man ihnen schon die Renten, so hat ihnen Berlin dafür jetzt im 13. Jahr des Krieges ein Ehrenmal mit einem aus purem Gold getriebenen Vorderstück und einer geradezu herausfordernden Rede Otto Brauns gegeben.

Auch die Beamten müssen wieder einmal dran glauben. Herr Stegerwald hat sein Ziel erreicht. Die Gehälter werden weiter gekürzt, wozu natürlich die hohe Bürokratie kaum fähig ist beizutragen, während die kleinen und mittleren Beamten, auch die Polizeibeamten, die zum Schießen und Prügeln gegen die rebellierenden Volksgenossen befohlen werden, dem Hungerriemen noch enger schnallen müssen. In den proletarischen Gemeinden wird die neue Diktaturverordnung den finanziellen Bankrott beschleunigen. Sie werden sich durch Abkürzung der Wohlfahrtsrenten schablos halten.

Und die weiteren Folgen dieser Politik? Um mehr als eine Milliarde Mark werden die werktätigen Schichten höher belastet. Niemals in der Geschichte Deutschlands hat die Belastung durch Steuern, Zölle und soziale Abgaben eine solche Höhe erreicht. Wer aber glaubt, daß dadurch das Defizit in der Reichskasse beilegt wird, der irrte. Gar nicht zu denken an eine „Ankurbelung der Wirtschaft“. Umgekehrt, diese Diktaturverordnung muß die Krise verschärfen. Der Konsum

SPD-Parteitag vollendet die Schmach

Beschluß: freie Bahn für Brüningdiktatur

(Drahtbericht unseres nach Leipzig entsandten Sonderberichterstatters)

Am Mittwoch ist auf dem Leipziger SPD-Parteitag die wichtige politische Entscheidung gefallen. Der sozialdemokratische Parteitag erklärte gegen nur ganz wenige Stimmen sein Einverständnis mit der neuen Brüningdiktatur. Eine Resolution der neuen „Linken“, die verlangte, daß der Parteitag solange zusammenbleibe, bis die Diktaturverordnung vorliegt, wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes abgelehnt. Das ist ein eindeutiges Bekenntnis der gesamten SPD für die weitere Unterstützung der Brüning-Diktatur, das ist das offene Einverständnis mit den neuen Hungerverordnungen, mit dem Unterdrückungsraub, mit dem Rentenraub, mit dem Lohn- und Gehaltsabbau, mit dem Steuer- und Zollwucher. Diese Entscheidung des Parteitages war die Aufforderung an Brüning, alle seine vorbereiteten Hungermaßnahmen sofort durchzuführen.

In den Stempelstellen und in den Betrieben, in den Büros und auf dem Lande wird den schmachbedeckten Diktaturverordnungen der SPD ihre geistige Entscheidung heimgeschickt werden. Es werden nicht nur ein paar zerlissene Mitgliedsbücher von der Tribüne flattern, wie Wels lüchelt, nicht nur die rot angelegte Fassade der Parteitagmaschine des Herrn Wels beschädigt werden, sondern es werden die Mitgliedsbücher von

Zehntausenden zerissen und die ganze politische Fassade der deutschen Sozialdemokratie zertrümmert werden.

Die geistige Abkündigung der SPD war ein neuer Schritt in den Strudel ihres geschichtlichen Niederganges. Es wird zu einem neuen Schritt zum Triumph der einzigen Partei des Sozialismus, der Kommunistischen Partei werden.

Metall-Lohnraubspruch gefällt!

Die gestrigen Verhandlungen über die Löhne in der sächsischen Metallindustrie verliefen wiederum ergebnislos. Daraufhin trat die Schlichterkammer zusammen, die einen Schiedsspruch fällt auf Lohnabbau von etwa 2 1/2 Prozent. Diese Lohnregelung läuft vom 1. Juni bis zum 30. November 1931.

Der gegen die Metallarbeiter gefällte Lohnraubschiedspruch hat den ungeheuren Betrag der DAW-Fiskokratie entlarvt. In der Generalversammlung und in allen Betrieben erklärten die DAW-Bonzen, daß ein Lohnabbau, wie „Stegerwald versprochen“ habe, „nicht in Frage“ kommt. So versuchten sie, jedoch vergeblich, die Streikrückung der Metallarbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub zu lähmen. Die Kapitalisten haben wiederum eine Taktik angewandt, um die Arbeiterfront zu zersplittern und sie nach Möglichkeit von einem umfassenden Streikkampf abzuhalten. Angekündigt wurde ein zwanzigprozentiger Lohnraub, infolge des wachsenden Massenkampfwillens in den Metallbetrieben und der Streikrückung der KPD, besonders aber angeführt der breiten Volksempörung gegen die Raubpläne in der neuen Diktatur.

Jeher Dasein! Schmeißt die rote Einheitsfront gegen Lohnraub und Sozialreaktion! Heraus zum Parteitag am 5. Juni! Massenaufmarsch zum Internationalen Solidaritätstag und roten Einheitsstreik in Dresden am 13. und 14. Juni!

Strafkämpfe in Hamborn

Barricaden gegen Klassenjustiz und Polizeil!

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Hierzu wurde gegen fünf Hamborner Arbeiter, die die Klassenjustiz für den vor einigen Wochen gegen das Hamborner Rathaus unternommenen Sturm verantwortlich macht, vor dem Hamborner Amtsgericht verhandelt. Das Urteil lautet auf viele Monate Gefängnis. Eine unzählige Menschenmenge hatte sich vor dem Gericht und in den Nebenstrassen sowie in der Nähe des Gefängnisses angefannt. Immer wieder wurden Niederrufe auf die Justiz und Hochrufe auf die Gefangenen ausgebracht. Die Polizei rückte an. Sie war zunächst machtlos. Später räumte sie in 1 Kilometer Umkreis des Amtsgerichts die Straßen. In einem anderen Stadtteil Hamborns schloß die Polizei scharfe Schüsse ab, so daß sich mehrere Verletzte in ihrem Blute wälzten. Nun legten sich die Arbeiter schärfstens zur Wehr und zogen kämpfend in die Kolonie zurück. Um zu verhindern, daß die Polizei in das Arbeiterrevier eindringt, rissen die Bewohner der Kolonie das Straßenpflaster auf, schlepten alle erreichbaren

Mülleimer zusammen und zogen Stacheldraht über die Straße. So wurden an sieben Stellen Barricaden dieser Art errichtet.

Immer wieder wurde herrliche Polizei eingeleitet, die mit einem Hagel Steinwürfen empfangen wurde. Die Polizei zog sich schließlich vor dem Angriff der Massen aus der Kolonie zurück und eröffnete eine Schießerei auf wehrlose Passanten. Unter anderem wurde ein Ledermäddchen, das hinter der Ecke eines Ladens stand, durch einen Fedenschuß verletzt und eine neben ihr stehende Filalleiterin durch einen Brustschuß.

Bis jetzt sind vier Personen als schwer verletzt gemeldet. Die Unruhen nahmen in den Abendstunden einen bürgerkriegsartigen Charakter an. Die Krawalle haben bereits auf das in der Nähe liegende Duisburg übergegriffen. Wie die Polizei mitteilt, haben 50 Jungkommunisten ein Tagungsgelände des Kolonialbundes gestürmt. Sämtliche Eintrittskartengeldscheine zertrümmert und die Kaffhäuserjugend herausgeprügelt!

Der zentrale Metall-Kampfausschuh

tagt heute, 19.30 Uhr, im Fuchsbad, Schlössergasse
Die Führer aller Metallbetriebe müssen erscheinen

Die zentrale Metall-Kampfausschuh tagt heute, 19.30 Uhr, im Fuchsbad, Schlössergasse. Die Führer aller Metallbetriebe müssen erscheinen. Die Kampfausschuh soll jetzt der Lohnraubplan zunächst noch nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Die Bourgeoisie hofft, durch den geplanten Sozialabbau und verstärkten Terror bis zum Herbst die Arbeiter für einen verstärkten Lohnraub genügend zermürbt zu haben. Sie will damit auch den DAW-Bonzen ermöglichen, trotz des Lohnraubes den Beitrag an den Metallarbeitern in der Generalversammlung am nächsten Sonnabend als „einen Erfolg“ hinzustellen und die Metallarbeiter zur Annahme des Schiedsspruches zu überreden versuchen.

Durchkreuzt die verbrecherischen Pläne des Traktatkapitals und